

Änderungsantrag

der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Thomas Lutze, Dorothee Menzner, Kornelia Möller, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/615, 17/623, 17/624, 17/625 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010
(Haushaltsgesetz 2010)**

**hier: Einzelplan 16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 02 wird der neue Titel „Energiesparfonds“ eingefügt.
Der Titelanatz beträgt 2,5 Mrd. Euro.

Berlin, den 15. März 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Effiziente und sparsame Energienutzung kann mittelfristig für nahezu alle Probleme der Energiepolitik (Energiekostensenkung, Versorgungssicherheit, Klimaschutz) den schnellsten, größten und wirtschaftlichsten Lösungsbeitrag leisten und hat dabei positive Nettoeffekte für Wirtschaft und Beschäftigung. Um dieses Potenzial zu erschließen, bedarf es einer „Energieeffizienz-Offensive“. Neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen müssen insbesondere Investitionszuschüsse bereitgestellt, aber auch Informationskampagnen und Handwerkerschulungen durchgeführt werden.

Nur durch die Verknüpfung verschiedener Maßnahmen und Instrumente kann die nötige Breitenwirkung erzielt und neuen Technologien zum Durchbruch verholfen werden. Für die Koordinierung und Steuerung dieser Aufgaben soll ein „Energiesparfonds“ als unabhängige Einrichtung des Bundes eingerichtet werden. Der Energiesparfonds soll ein breites Portfolio von Energieeffizienz-Programmen umfassen, die das Energiesparen für private Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung erleichtern. Dabei sollen sich spezielle Förderprogramme insbesondere an einkommensschwache Haushalte richten.

Der Energiesparfonds wird beginnend in 2009 für eine Laufzeit von zehn Jahren mit jährlich 2,5 Mrd. Euro ausgestattet. Zur Finanzierung soll ein Teil der Einnahmen aus der Besteuerung der Sondergewinne der Stromversorger aus dem Emissionshandel verwendet werden.